A1

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand Campusgrün (dort beschlossen am: 05.10.2026)

Titel: **Bildung und Demokratie gehen Hand in Hand**

Antragstext

Bildung und Demokratie gehen Hand in Hand

Bildung ist ein Menschenrecht, Voraussetzung demokratischer Teilhabe und Grundlage für soziale Gerechtigkeit. Nichtsdestotrotz entscheidet in Deutschland der soziale Status weiterhin maßgeblich darüber, wer Zugang zu (formaler) Bildung erhält, wer ein Studium aufnimmt, wer es erfolgreich abschließen kann und wer sich Bildung überhaupt leisten kann. Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus.

Das BAföG sollte diese Ungleichheit beheben. Stattdessen erreicht es zu wenige Menschen, hält viele Studierende in finanzieller Abhängigkeit von ihren Eltern und deckt bei Weitem nicht die realen Kosten des Studierens. Hohe bürokratische Hürden, Angst vor Verschuldung und strenge Leistungsvorgaben stehen einer wirklich freien Bildungsentscheidung entgegen.

Wir als Campusgrün treten für grundlegende Veränderungen ein: Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem Elternhaus, ihrem Wohnort und ihrer finanziellen Ausgangslage ein Studium aufnehmen und erfolgreich abschließen können. Wir fordern ein existenzsicherndes, elternunabhängiges, nicht rückzahlungspflichtiges und regional bedarfsgerecht ausgestaltetes BAföG für alle Studierenden. Zugang zu Bildung darf nicht beschnitten werden, Studieren kein Armutsrisiko und unsere Demokratie kein Spielball sein. Gleiche Bildungschancen für alle!

Wer Zugang zu welchen Teilen unseres Bildungssystems erhält, hängt von vielen verschiedenen Faktoren, beispielsweise Geschlecht und Herkunft, ab. Besonders

für Menschen, die von mehreren Diskriminierungsformen betroffen sind, bestehen große Ungleichheiten in der Teilhabe.

Bildungsgerechtigkeit nach Elternhaus

Die Ungleichheit beginnt nicht erst an den Hochschulen, sondern zieht sich über die frühkindliche Bildung, weiter über die Schule, bis hin zum Studienabschluss. Dabei stellt insbesondere der Übergang von Schule zur Hochschule für viele eine Herausforderung dar. Unabhängig vom Bildungspotenzial entscheiden sich Kinder aus Nicht-Akademiker*innen-Haushalten viel häufiger gegen ein Studium: „Von 100 Kindern aus akademisch gebildeten Familien beginnen 78 ein Hochschulstudium. Bei nicht-akademisch gebildeten Familien sind es gerade einmal 25 von 100“ (Bildungstrichter, DZHW). Klassismus ist also eine ausschlaggebende Diskriminierungsform im deutschen Bildungssystem.

Entgegen der gängigen Annahme „Das Abitur ebnet allen den Weg an die Hochschule“, existieren unsichtbare Barrieren und Ungleichheiten. Hochschulen setzen häufig Wissen und Ressourcen voraus, die ungleich verteilt sind: Informationen über Studienwahl, Bewerbungsverfahren oder Finanzierung. Kinder aus Nicht-Akademiker*innen-Haushalten können zudem seltener auf familiäres Erfahrungswissen und finanzielle Absicherung zurückgreifen. Hohe Wohnkosten, fehlende Rücklagen und die Notwendigkeit, nebenbei zu arbeiten, schränken ihre Wahl von Studienfach und Studienort ein.

Aber auch nach einem erfolgreichen Hochschulzugang bestehen während des Studiums noch lange keine gerechten Bildungschancen. Studierende ohne finanzielles Sicherheitsnetz sind häufiger zusätzlichen psychischen Belastungen durch Finanzierungsängste ausgesetzt, können sich seltener unbezahlte Praktika erlauben, leiden stärker unter langen Pendelwegen und fehlendem bezahlbarem Wohnraum, und können meist aufgrund von Verpflichtungen weniger Zeit und Energie in ihr Studium stecken.

Bildungsgerechtigkeit nach Geschlecht

Auch geschlechtsspezifische Ungleichheiten stellen in unserem Bildungssystem eine fortbestehende Herausforderung dar. Diese äußert sich unter anderem dadurch, wie Personen abhängig von ihrer Geschlechtsidentität wahrgenommen oder behandelt werden, und welche Kompetenzen ihnen zugeschrieben werden. Dabei sind nicht nur Frauen betroffen, sondern alle FLINTA*.

FLINTA*-Personen sind in besonderem Maße dem Risiko ausgesetzt, diskriminierende Bewertungen bei der Notengebung sowie einem Missbrauch akademischer Machtpositionen zu erfahren. Dieser Machtmissbrauch kann sich in verschiedensten

Formen manifestieren, bis hin zu (sexuell) übergriffigem Verhalten oder Erpressung. Für solche Fälle muss es eine unabhängige und ausfinanzierte Beschwerdestelle geben, welche die Kompetenz besitzt, Sanktionen zu vergeben. Dazu zählen auch eine mögliche Suspendierung der Lehrperson oder Unterstützung der Betroffenen bei einer Strafanzeige. Um außerdem einen langfristigen Abbau von ungleichen Machtverhältnissen zu gewährleisten, müssen unser Bildungssystem grundlegend reformiert und bestehende Strukturen aufgebrochen werden.

Bildungsgerechtigkeit nach Herkunft

Auch aufgrund (zugeschriebener) Herkunft, Staatsangehörigkeit, Name, Aussehen oder Sprache kommt es an den Hochschulen zu Benachteiligungen: bei der Wohnungssuche, bei Nebenjobs/Praktika, bei der Notengebung oder im Hochschulalltag. Diese Diskriminierung geschieht sowohl vorsätzlich als auch durch Unconscious Biases (unbewusste Vorurteile) und gesellschaftliche Strukturen. Studierende, denen eine ausländische Herkunft zugeschrieben wird, können unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit wegen ihres Namens, ihres Akzents oder ihres Aussehens benachteiligt werden.

Für internationale Studierende kommen zudem noch besondere strukturelle Hürden hinzu: komplizierte Visums- und Aufenthaltsverfahren, lange Wartezeiten bei Behörden, sowie (aufgrund der Sprache) schwer verständliche Informationen. Zeitgleich können sie meistens keine existenzsichernden Sozialleistungen bekommen und sind nicht BAföG-berechtigt. Sie haben ein erhöhtes Armutsrisiko und sind durch verpflichtende Finanzierungsnachweise besonders hohem Druck ausgesetzt.

Der Start in eine akademische Zukunft wird von vornherein erschwert, bis fast unmöglich gemacht. Politik und Hochschulen sind aufgefordert, diese Bildungsbarrieren und rassistische Diskriminierung konsequent abzubauen.

Bildungsgerechtigkeit bei Behinderung und/oder chronischer Erkrankung

Auch Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung wird der Weg ins Studium erschwert. 16 Prozent aller Studierenden geben an, dass sich eine oder mehrere gesundheitliche Beeinträchtigungen erschwerend auf ihr Studium auswirken (nach 22. Sozialerhebung, DZHW/DSW).

Barrieren bestehen in verschiedensten Formen, darunter einer eingeschränkten Zugänglichkeit von Räumlichkeiten, beispielsweise Vorlesungssälen. Dazu kommt ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand, besonders für Nachteilsausgleiche und das Beantragen von persönlichen Pflegekräften & Assistenzen, sowie fehlendes

Wissen und Verständnis für Behinderungen, besonders unsichtbare Behinderungen. Neben der Diskriminierung im Universitätsalltag kämpfen Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung mit Benachteiligung in Einstellungsverfahren sowie erhöhten Lebensunterhaltungskosten durch benötigtes Equipment wie Mobilitätshilfen und teuren barrierefreien Wohnraum.

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, sich selbstbestimmt im Bildungssystem bewegen zu können. Strukturelle Barrieren müssen, im Gespräch mit Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung, umgehend abgebaut werden. Darüber hinaus haben Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung Anspruch auf jeweilige Hilfeleistungen und Ausgleichsmaßnahmen, um gleiche Chancen im Studium und beim Übergang in den Beruf zu erlangen. Dazu zählen auch psychologische und psychiatrische Unterstützung sowie ausfinanzierte Beratungsangebote, um auch einen barrierefreien Zugang zu Nachteilsausgleichen und anderen Leistungen zu ermöglichen.

Die BAföG-Misere ist politisch gemacht

Das BAföG wurde geschaffen, um jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Bildung und Aufstieg zu ermöglichen. Dieses Ziel rückt inzwischen in immer weitere Ferne. Die Zahl der BAföG-Geförderten ist langfristig deutlich gesunken. Im Jahr 2025 erhielten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur rund 443.000 Studierende BAföG. Bei rund drei Millionen Studierenden in Deutschland und mehr als der Hälfte, die laut IAB neben dem Studium arbeiten, lässt das BAföG viel zu viele Studierende, überproportional solche mit Diskriminierungserfahrung, allein.

Und selbst für die Wenigen, die BAföG erhalten, ist es in seiner Höhe nicht ausreichend. Insbesondere die Wohnkostenpauschale bleibt in vielen Hochschulstädten weit hinter den tatsächlichen Mietkosten zurück. Eine bundesweit einheitliche Pauschale reicht vielerorts nicht aus, da die Kosten für ein WG-Zimmer oder einen Wohnheimplatz je nach Studienort massiv auseinandergehen. Es darf nicht sein, dass die Studierenden die Differenz zwischen Pauschale und realer Miete selbst kompensieren müssen.

Besonders ungerecht ist die Elternabhängigkeit des BAföG. Volljährige Studierende werden auf Unterhaltsansprüche verwiesen, deren Durchsetzung in der Praxis konfliktbeladen, langwierig oder unmöglich sein kann. Hier wird der Bildungsweg direkt an Familienbeziehungen gekoppelt und widerspricht dadurch seinem ursprünglichen Zweck.

Auch die Bindung an eine Förderungshöchstdauer und das Erbringen einer Mindestanzahl an Leistungspunkten wird der Vielfalt von Lebensrealitäten von Studierenden nicht gerecht. Krankheit, Behinderung, psychische Belastungen,

Care-Arbeit, Erwerbstätigkeit, hochschulorganisatorische Probleme, gesellschaftliches Engagement oder notwendige Fachwechsel dürfen nicht den Bildungserfolg gefährden. Genauso wenig wie zu lange Bearbeitungszeiten der BAföG-Anträge oder die Angst, sich wegen eines teils rückzahlungspflichtigen Darlehens zu verschulden.

Die Probleme des BAföG sind nicht neu. Sie wurden durch Preissteigerungen, hohe Mieten und die allgemeine soziale Krise der vergangenen Jahre jedoch verschärft. Anpassungen, die in der Vergangenheit vorgenommen worden sind, haben die grundsätzlichen Probleme nicht gelöst. Auch Reform-Versprechungen der Bundesregierung bleiben bisher nichts weiter als heiße Luft. Versprechungen der Bundesregierung auf eine BAföG-Reform bis Herbst 2026 wurden, wie auch so viele andere Versprechen, leichtfertig gebrochen. Geplant war die Anhebung der Wohnkostenpauschale von derzeit 380 Euro auf kümmerliche 440 Euro. Dies kann weder die Durchschnittsmiete von Studierenden in Deutschland decken (aktuell 505 Euro), noch hilft es den Studierenden an Hochschulstandorten mit hohen Mietpreisen.

Die Erhöhung der Wohnkostenpauschale ist ein Tropfen auf den heißen Stein und fernab einer echten Reform. Sie ist dennoch mehr als überfällig - wenn sie denn dann kommen würde. Denn wie so oft bei dieser Bundesregierung werden wir Studierenden auf eine bessere Haushaltslage vertröstet, die wichtigen Investitionen in unsere Bildung werden aufgeschoben und stattdessen wird sozial- und klimaschädlich subventioniert.

Die BAföG-Misere ist Ergebnis jahrelanger politischer Entscheidungen, bei denen die soziale Absicherung von Studierenden immer wieder vernachlässigt worden ist. Bildungsgerechtigkeit bedeutet, dass jede*r ihr*sein präferiertes Fach unabhängig vom Studienort, unabhängig vom Elternhaus und unabhängig von Finanzierungsängsten studieren kann. Das Ausbleiben der dringend notwendigen BAföG-Reform ist für uns keine Option. Wir stehen für eine grundlegende Reform des BAföG-Systems, damit die Ungleichheit nicht länger befeuert wird.

Studieren darf kein Armutsrisiko sein

In einer Welt, in der die Entscheidung, einen höheren Bildungsabschluss zu verfolgen, zunehmend vom Einkommen, vom Vermögen, vom Bildungsstand und dem sozialen Status der Eltern/der Erziehungsberechtigten abhängt, liegt es an allen Mitgliedern dieser Gesellschaft, diese Ungleichheit anzuprangern und ihr entgegenzuwirken. Dass Studierende aus Nicht-Akademiker*innen-Haushalten bei ihrer Zukunftswahl häufig ein wesentlich höheres Risiko tragen, ist keine unvermeidbare Folge individueller Entscheidungen, sondern eine politisch geschaffene Ungleichheit. Umso entschiedener fordern wir vor allem von den Amts- und Entscheidungsträger*innen in den Landesparlamenten und im Bundestag ein,

diese strukturelle Ungleichheit endlich abzubauen.

Gerade wenn Lebenshaltungskosten rapide steigen, sei es durch unverhältnismäßig hohe Mieten in den Städten, durch steigende Lebensmittelpreise, oder die bewusste Preiserhöhung des Deutschlandtickets, leiden Studierende in besonderer Weise unter diesen Entwicklungen. 35 Prozent der Studierenden sind armutsgefährdet (laut EU-SILC 2023). Doch wer studiert, darf nicht gezwungen sein, an Essen, Gesundheit, Wohnen oder sozialer Teilhabe zu sparen.

Die Kosten für das Wohnen machen hierbei den größten Anteil aus. Knapp zwei Drittel der Studierendenhaushalte gelten als überlastet durch Wohnkosten (EU-SILC 2024). In vielen Orten gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum und die staatlichen Förderbeträge sind zu gering, um die Kosten zu decken. In der Folge sind Studierende oftmals gezwungen, nicht an den Studienort ziehen zu können, lange Pendelwege auf sich nehmen zu müssen, weniger am Campusleben teilhaben zu können, sowie mehr und häufiger neben dem Studium arbeiten zu müssen.

Wir fordern deshalb eine Förderung, die nicht einfach pauschalisiert und von einem hypothetischen Mittelwert ausgeht, sondern die wahren Wohnkosten deckt. Das BAföG muss dynamisiert werden, je nach Region unterschiedlich ausgestaltet sein und regelmäßig an die realen Mietpreise angepasst werden.

Gleichzeitig braucht es mehr Investitionen, um den Mangel an studentischem Wohnraum auszugleichen. Bund und Länder müssen gemeinsam den Neubau und die Sanierung (barrierearmer) studentischer Wohnheime finanzieren, damit studentischer Wohnraum dauerhaft bezahlbar wird.

Der Staat als größter Arbeitgeber von Studierenden verstärkt die studentischen Finanzierungsnot durch die Verknappung der mit dem Studium besonders verträglichen Jobs an den Hochschulen selbst. Um Geld einzusparen, wenn die Länder die Grundmittelfinanzierung kürzen oder diese nicht an die Inflation anpassen, werden Stellen für Studierende gestrichen oder nicht neu besetzt.

Für uns ist ganz klar: Studieren muss für alle finanzierbar sein und darf nicht vom finanziellen Erfolg der Eltern abhängen. Gleiche Bildungschancen gibt es erst dann, wenn niemand während des Studiums Sorgen haben muss, das Mittagessen, die Wohnung oder das Lernmaterial finanzieren zu können. Dauerhafte finanzielle Unsicherheit und existenzielle Sorgen wirken sich unmittelbar auf das Wohlbefinden und die mentale Gesundheit betroffener Studierender aus und haben einen erheblichen Einfluss auf den Studienerfolg. Ein existenzsicherndes BAföG ist daher zentral für echte Bildungsgerechtigkeit.

Unsere Forderung: Ein neues BAföG

Es braucht eine echte BAföG-Reform, die das zugrundeliegende System von Grund auf überarbeitet. Unser Ziel ist ein BAföG, das allen Studierenden unabhängig von ihren Eltern/Erziehungsberechtigten oder ihrem individuellen Lebensverlauf zusteht und während des Studiums als echte Absicherung dient.

Wir fordern ein existenzsicherndes, elternunabhängiges, nicht rückzahlungspflichtiges und regional bedarfsgerecht ausgestaltetes BAföG für alle Studierenden. Dabei muss eine automatische (mindestens jährliche) Angleichung an die Preis- und Lohnentwicklungen erfolgen und der Wohnkostenanteil an das regionale Mietniveau angepasst sein.

Die Forderung nach einer grundlegenden Reform bedeutet jedoch nicht, dass Studierende in der Zwischenzeit auf eine Entlastung warten dürfen. Es liegt in der Verantwortung von Bund und Ländern, unverzüglich zu handeln.

Erste Schritte müssen eine sofortige Erhöhung der Bedarfssätze und eine gesetzlich festgeschriebene jährliche, automatische Anpassung aller Bedarfssätze und Freibeträge an die tatsächliche Entwicklung von Mieten, Löhnen und die Inflation sein. Zusätzlich muss auf Landesebene die Grundfinanzierung der Studierendenwerke sichergestellt werden.

Der Wert von Bildung

Bildung ist ein zentraler Baustein der Demokratie und geht mit dieser Hand in Hand. Sie fördert kritisches Denken und ermöglicht die Einordnung von Informationen und das Überprüfen von Fakten gegenüber fake news. Auch hilft ein Verständnis über politische Prozesse und Institutionen, um zu verstehen, wer was tun darf, und welche Forderungen sich aktiv gegen das Grundgesetz richten.

Durch Bildung können wir die zu einfachen Versprechungen und vermeintlichen Lösungen aus Wahlprogrammen hinterfragen und verstehen: Auf große Gerechtigkeitsfragen kann es keinen Zweizeiler als Antwort geben.

In ganz Deutschland finden immer mehr Angriffe auf die Demokratie in Form von faschistischen und wissenschaftsfeindlichen Organisiationen statt. Vor allem die jüngsten Entwicklungen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stellen eine enorme Gefahr für die Bildungsgerechtigkeit, die Hochschullandschaft und die gesamte Demokratie dar, etwa durch Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit, politische Einflussnahme auf Forschung und Lehre oder die Einschränkung der studentischen Selbstorganisation.

Fehlende Investitionen in die Bildung sind fehlende Investitionen in die Demokratie und die Zukunftsfähigkeit. Es darf kein Sparen an der Bildung der

zukünftigen Generationen geben. Gerade auch klima- und sozialschädliche Subventionen, wie zuletzt der Tankrabatt, zerstören in großem Maße Zukunftschancen, da sie öffentliche Mittel binden, die stattdessen in Bildung, Klimaschutz und sozialen Ausgleich investiert werden könnten.

Wer dauerhaft existenzielle Sorgen hat, hat weniger Zeit und Ressourcen für Hochschulpolitik, Ehrenamt, Initiativen, politische Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Wer durch Diskriminierung oder Armut aus Hochschulen gedrängt wird, fehlt als Stimme in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Demokratie.

Ein chancengleiches Bildungssystem baut Ungleichheiten ab, statt sie zu verstärken. Denn kritisches Denken schützt unsere Demokratie vor unerkannter Propaganda und Manipulation.
Wer das versteht, kürzt nicht am Bildungssystem, sondern investiert in dieses!